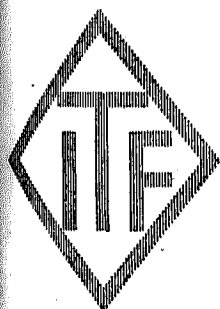




FASCHISMUS

ORGAN DER INTERNATIONALEN TRANSPORTARBEITER-FÖDERATION

ERSCHEINT ALLE 14 TAGE IN DEUTSCH, FRANZÖSISCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, SPANISCH, HOLLÄNDISCH UND AUSZUGSWEISE AUCH IN ESPERANTO. DER BEZUGSPREIS BETRÄGT HFL. 4.- JÄHRLICH (FÜR MITGLIEDER DER DER I.T.F. ANGESCHLOSSENEN VERBÄNDE UND FÜR ARBEITERORGANISATIONEN HFL. 2.-). BESTELLUNGEN WERDEN ENTGEGENGENOMMEN: VONDELSTRAAT 61, AMSTERDAM, WEST.



No. 5

Amsterdam, den 6. März 1937.

5. Jahrgang

Warnung an Arbeiter und Angestellte deutscher

=====

Staatsangehörigkeit.

=====

(ITF) Reichsdeutschen im Ausland ist (durch Gesetz vom 23. Dezember 1936) die Möglichkeit gegeben worden, bis zum vollendeten 40. Lebensjahr freiwillig der deutschen Invaliden- oder Angestelltenversicherung beizutreten. Die Beiträge dürfen nicht in Reichsmark, sie müssen in Landeswährung bezahlt werden.

Das Dritte Reich erwartet, auf diese Weise regelmässig grössere Devisenbeträge zu erhalten, die es für seine Aufrüstung verwenden kann. Vor allem aber hofft es, durch die "Sozialversicherungsvertrauensmänner", die die Beitragsmarken vertreiben, die ausserhalb des Dritten Reiches arbeitenden reichsdeutschen Arbeiter und Angestellten zu erfassen.

Die deutschen Staatsangehörigen, die ausserhalb der Grenzen des Dritten Reiches arbeiten, müssen vor dem freiwilligen Beitritt zur reichsdeutschen Sozialversicherung gewarnt werden. Durch Beitragszahlung erwerben sie keinerlei Rechte. Das gleiche Gesetz, das diese freiwillige Versicherung vom Ausland her ermöglicht, sieht vor, dass Sozialversicherungsrenten ruhen, "wenn der Berechtigte sich nach dem 30. Januar 1933 in staatsfeindlichem Sinne betätigt hat". Zum "Staatsfeind" kann jederzeit jeder Deutsche erklärt werden, vor allem jeder, der bei katholischen oder jüdischen Unternehmen arbeitet und der deutschen Gesandtschaft keine Spitzelberichte schickt. Jedes Mitglied einer freien oder christlichen Gewerkschaft, jeder Pazifist, jeder Abonnent einer antifaschistischen Zeitung gilt schon heute als "Staatsfeind." Man wird von ihm Beiträge nehmen, denn Hitler braucht Devisen, aber jederzeit können die von ihm geleisteten Beiträge für verfallen erklärt werden.

(Wir bitten die in Betracht kommenden Stellen, deutsche Arbeiter und Angestellte in geeigneter Form zu unterrichten.)

Der braune Zuchthausstaat

(ITF) Adolf Hitler, der Vorsitzende der Nazipartei, begann seine politische Tätigkeit als Spitzel im "Nachrichtendienst" der Reichswehr. Heute bespitzelt auf seine Anweisung ein Heer von "Amtswaltern" jeden in Deutschland Wohnenden. Über jeden Haushalt werden (auf Grund der Anordnung der Reichsorganisationsleitung der Nazipartei vom 1. Mai 1936) nicht weniger als 3 Karthotekkarten geführt, je eine in der Haushaltskartei des Blockleiters, in der Blockkartei des Zellenleiters und in der Zellen- und Blockkartei der Ortsgruppe der NSDAP.

Der Blockleiter der Nazipartei muss 40 bis 60 Haushaltungen bespitzeln, über jede eine Liste ausfüllen und auf dem Laufenden halten und hierzu die nötigen Erhebungen anstellen. Im Januar 1937 war die Einrichtung dieser Karteien im grossen und ganzen abgeschlossen, die Blockleiter erhielten daher neue polizeiliche Aufgaben, sie müssen jetzt auch die polizeilichen An- und Abmeldungen nachprüfen. Dadurch sind diese Spitzel der Nazipartei, wie die Tageszeitung der Arbeitsfront (am 14. Februar) treffend bemerkt, "in jedem Haus zuhause".

Im Februar 1937 begann die Polizei (zunächst in Berlin) "im Auftrag des Luftschutzes" die Hausschlüssel sämtlicher Häuser einzusammeln. Im Dritten Reich kann jederzeit unerwartet und unbemerkt ein Spitzel ins Haus treten. Keiner ist mehr in seinem Haus zuhause.

Sozialprogramm

des Kriegsministers.

(ITF) Generalfeldmarschall von Blomberg, der Kriegsminister des Dritten Reiches, hat (am 23. Februar) den Arbeitsfrontorganisationen der Armeebetriebe Fahnen übergeben. Er weihte die Fahnen der Arbeitsfront mit der Sturmabteilungsfahne des berüchtigten SA-Trupps 33, der zahlreiche Arbeitermorde auf dem Gewissen hat und betonte in seiner Rede auffallend stark, dass "Wehrmacht und Arbeitsfront am gleichen Strang" zögen.

Der Kriegsminister gab in seiner Rede die Einflusslosigkeit der Arbeitsfront zu, er pochte ausschliesslich auf die Autorität der Armee. Aber er bekannte sich zugleich zur brutalsten Betriebssklaverei: "Ich fordere als Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht von den Mitgliedern der Abteilung Wehrmacht der Deutschen Arbeitsfront unbedingten Gehorsam gegenüber den Betriebsführern (!) und allen (!) Vorgesetzten. Das Wort "unbedingt" heisst soldatisch: "Gehorsam auch trotz der vermeintlich besseren eigenen Überzeugung." Der Kriegsminister vergass, dass in den letzten Monaten immer wieder führende Mitarbeiter des deutschen Generalstabs in vertraulichen Konferenzen und in "wehrowirtschaftlichen" Aufsätzen erklärt haben, dass Kriege wohl mit versklavten Arbeitern begonnen, aber nicht moderne gewonnen werden können.

Der Kriegsminister billigt die Lohndruckpolitik der Nazi-Diktatur, die Arbeiter sollen keinesfalls, um höhere Löhne zu erzwingen, in besser zahlende Betriebe überwechseln: "Ich fordere Treue zu den Menschen, aber auch Treue zum Werk".

Die "Treue zum Werk" wird nicht belohnt werden. "Was ich nicht verspreche und heute und für absehbare Zeit auch nicht geben kann, sind höhere Löhne" (Völkischer Beobachter, Berliner Ausgabe vom 24. Februar).

Für den durch die Teuerung entwerteten Lohn aber soll nach dem Willen des Deutschen Kriegsministeriums 30% mehr gearbeitet werden. Die dem Kriegsministerium nahestehende "Berliner Börsenzeitung" verbreitet den Sonderdruck eines bei ihr erschienenen Artikels "Leistungswirtschaft-Wehrwirtschaft", in dem rücksichtsloseste Antreiberei zum nationalen Programm erhoben wird: "Ein Arbeitender vergeudet jeden Tag eine Stunde Arbeitszeit, da er im allgemeinen sein tarifiertes Pensum in 7 Stunden gut erfüllen kann... Er kann leicht und ohne übermässige physische Belastung dem gegenwärtigen Leistungspensum von 8 Arbeitsstunden in der gleichen Zeit (!) ein solches von vergleichsweise zehn Stunden gegenüberstellen und noch mehr". In 7 Stunden soll also das Arbeitspensum von 10 Stunden geleistet werden!

Die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront hat nicht gewagt, die entscheidenden Stellen der Rede des Kriegsministers im Wortlaut zu veröffentlichen, trotzdem diese Rede auf einer Veranstaltung der Deutschen Arbeitsfront gehalten worden war.

Druck auf katholische

Arbeiter.

(ITF) Wie systematisch katholische Arbeiter im Dritten Reich schikaniert werden, zeigt ein Urteil des Arbeitsgerichts Siegen, über das die Frankfurter Zeitung (No. 108/109 vom 28. Februar) berichtet. Katholische Bauarbeiter waren zu Befestigungsbauten in das überwiegend von Prete-

stanten bewohnte Siegerland gesandt. Die katholischen Arbeiter verlangten, dass sie am katholischen Feiertag Mariä Empfängnis nicht arbeiten brauchten. Den Lohnausfall hatten sie selbst zu tragen. Der Bauleiter forderte jedoch, dass gearbeitet würde. Einer der Arbeiter erklärte dem Bauleiter, "am Buss- und Betttag (einem protestantischen Feiertag) wollten wir arbeiten und sollten es nicht; morgen sollen wir es, und da tun wir es nicht!". Die Arbeiter wurden fristlos entlassen.

Das Arbeitsgericht erklärte, dass zwar in Gemeinden mit überwiegend katholischer Bevölkerung an katholischen Feiertagen Arbeitsruhe verlangt werden könne, doch im fraglichen Fall befand sich die Arbeitsstelle in einer überwiegend protestantischen Gemeinde. Die Verweigerung der Feiertagsarbeit sei daher ein Verstoss gegen die Betriebsgemeinschaft gewesen. Und wer sich der Betriebsgemeinschaft nicht unterordne, müsse "ausgemerzt werden". Die fristlose Entlassung sei berechtigt gewesen.

Diese Entscheidung gibt den Nazis die Möglichkeit, durch Verschickung von katholischen Arbeitern in protestantische Gegenden (oder umgekehrt) praktizierende Katholiken und gläubige Protestanten zu Feiertagsarbeit zu zwingen.

Gespräche überm

Ladentisch.

teristische Gespräche in deutschen Läden:

Eine Frau betritt ein Stoffgeschäft und verlangt einen haltbaren und warmen Stoff für ein Winterkleid. "Da kann ich Ihnen einen Stoff empfehlen, von dem wir gerade noch einen kleinen Vorrat haben" sagte die Verkäuferin und holt einen Stoffballen aus den Regal. "Fühlen Sie mal, wie weich und warm dieser Stoff ist! Das ist natürlich auch reine Wolle, noch von der guten, alten Qualität! In ein paar Wochen gibt es sowas überhaupt nicht mehr!" -- "Wirklich?" fragt die Käuferin unsicher. "Aber da soll es doch jetzt diese neue Wolle geben, Zellwolle oder so--?" -- "Ach", kommt es geringschätzig zurück, "das ist doch eben Ersatzwolle! Die kratzt und hält lange nicht so warm wie reine Wolle!"

X

"Und dann möcht' ich noch ein Kilo Rindfleisch zu Saftbraten!" verlangt Frau Schulze im Fleischerladen. "Nee, Frau Schulze, Rindfleisch is nich!" ruft der Fleischermeister dazwischen. "Ja, wieso denn, wo ich doch alles Fleisch immer bei Ihnen kaufe?! Das ist ja unerhört! Mein Mann braucht seinen ordentlichen Braten am Sonntag, da lässt er nicht von ab. Das ist eine Wirtschaft heutzutage! Nicht mal 'n Stück Fleisch kriegt man! Wo soll man denn da hinkommen? Man kann doch nicht dauernd G e m ü s e essen!" -- Wir können auch nicht dafür!" unterbricht die Gewerbegehilfin achselzuckend den Redeschwall der empörten Kundin. "So wie Sie schimpfen alle unsere Kundinnen!" -- Kopfschüttelnd und wütend verlässt Frau Schulze den Laden. (Die Frau am Werk, Frauenzeitschrift der Deutschen Arbeitsfront, November 1936).

Das Misstrauen der Käufer wächst noch immer. Kaufleute warnen (wie der Angriff, die Tageszeitung der Arbeitsfront, am 19. Februar 1937 berichtet) die Kundschaft: "Wenn Sie gleich kaufen, kann ich Ihnen umgehend liefern; später kann ich Ihnen keinen kurzen Lieferungstermin garantieren. Die Rohstoffe sind knapp".

Auch Mehl wird schlecht

und knapp.

abgibt". (Frankfurter Zeitung, 25. Februar 1935). Dieses Kochmehl ist ein besonders stark ausgemahlenes Roggenmehl, das von den Hausfrauen abgelehnt wird, da es sich nicht einmal zu Saucen eignet; denn es bindet nicht. Das helle Mehl wird durch den Zwang zur gleichzeitigen Abnahme minderwertiger Mehlsorten verteuert.

Zahlungsfähigen wird von den Händlern Mehlhamstern empfohlen, denn in wenigen Monaten gäbe es überhaupt kein gutes Mehl mehr.

"Geschenke", die man

selbst bezahlt.

nahme": Arbeitern und Angestellten sei die Rückzahlung der Summen, die die Gemeinden ihnen während ihrer Erwerbslosigkeit als Wohlfahrtsunter-

(ITF) "Auf Grund einiger Erfahrungen" schildern Nationalsozialisten für die Ersatzpsychose und den Lebensmittelmangel im Dritten Reich charak-

(ITF) "In Berlin mehren sich die Fälle, in denen der Einzelhandel den Hausfrauen helles Weizenmehl nur bei gleichzeitiger Abnahme von "Kochmehl"

(ITF) Die Nazi-Diktatur lanciert in faschistenfreundliche Zeitungen gewisser Länder Lobeshymnen über eine "grosszügige sozialpolitische Mass-

stützung gezahlt hatten, erlassen worden. In diesen Propagandameldungen wird nur eine Kleinigkeit verschwiegen: die Rückzahlung von 30 Millionen an die Gemeinden würde erlassen, aber 400 Millionen RM müssen in die Gemeindekasse gezahlt werden.

Noch aus dem Kaiserreich besteht in Deutschland die Verpflichtung, dass jeder Unterstützte alle Aufwendungen, die die Gemeinden für ihn macht, zurückzahlt, sobald er oder seine nächsten Verwandten dazu in der Lage sind. (Par. 25, Fürsorgepflichtverordnung). Während der demokratischen Republik verzichteten die Gemeinden stillschweigend auf die Rückzahlungen. Erst seit 1931 verlangten die Gemeinden wieder die Erstattung der gezahlten Unterstützungen. Der sozialpolitische Ausschuss des Deutschen Reichstags forderte (in seiner Sitzung vom 17. bis 20. I. 1933) mit grosser Mehrheit Aufhebung der Rückzahlungsverpflichtung. Aber 14 Tage später war Hitler an der Regierung und im Dritten Reich wurde das Wiedereintreiben der Unterstützungen mit besonderer Brutalität durchgeführt.

Auch die Naziarbeiter protestierten dagegen, doch zunächst vergebens. Erst als ein grosser Teil der überhaupt eintreibbaren Erstattungen eingetrieben worden war -- allein 1935 81 Mio. RM -- wurde (am 22. Dezember 1936) die Verpflichtung zur Rückzahlung aller bis zum 1. Januar 1935 bezogenen Fürsorgekosten erlassen. Nach einer Berechnung der "Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrtspflege" (Frankfurter Zeitung, 23. I. 37) wurden den Betroffenen für 1937: 31,4 Millionen RM für 1938: 15,4 Millionen RM erlassen. Zum "Ausgleich" werden aber jährlich 400 Millionen RM "Bürgersteuer" weiter erhoben.

Die "Bürgersteuer", eine kommunale Kopfsteuer, wurde 1930 eingeführt, um den Gemeinden die Zahlung der Wohlfahrtsunterstützung an die Erwerbslosen zu ermöglichen. Heute soll, nach der Erklärung Hitlers, die Erwerbslosigkeit in Deutschland "eigentlich" beseitigt sein. Die Ausgaben der deutschen Gemeinden für die Erwerbslosen sind von 1,4 Mrd. RM (32/3) auf noch nicht die Hälfte zurückgegangen. Die "Bürgersteuer" müsste daher abgeschafft werden. Der Ertrag der Bürgersteuer aber ist von 250 Mio. RM (32/3), auf 415 Mio. RM (35/6) hinaufgetrieben worden, damit das Reich, das jeden Pfennig für die Aufrüstung verwendet, die Zuschüsse zur kommenden Erwerbslosenhilfe kürzen konnte. Im Durchschnitt werden 30-42 RM pro Kopf und Jahr erhoben, selbst Arbeiter und Angestellte, die so wenig verdienen, dass sie keine Lohnsteuer zu zahlen brauchen, müssen 15-21 RM pro Jahr zahlen. Der Innenminister hat den Gemeinden ein Senken der Steuersätze verboten; die 30 Mio. RM Rückzahl-erlass sollen mit 415 Millionen Kopfsteuer bezahlt werden.

Zwang zur Freude.

=====
(ITF) Die Deutsche Auslandspropaganda berichtet immer wieder, dass die deutschen Arbeiter über die Darbietungen des Amüsementsbetriebes "Kraft durch Freude" der Deutschen Arbeitsfront begeistert seien. Mahnungen, die in Werkzeiteungen veröffentlicht werden, verraten das Gegenteil. 3 Beispiele:

"Der Absatz des KdF-Monatsheftes zum Preise von 5 Pf. ist infolge von Entlassungen erheblich zurückgegangen. Es hat sich gezeigt, dass hauptsächlich nur neu hinzukommende Arbeitskameraden die von KdF angebotenen Hefte und Karten zu Versammlungen entnehmen, während die Stamm-Bolegschaft fast alles ablehnt. Ich bitte alle Gefolgschaftsmitglieder in Zukunft etwas mehr Verständnis für die Organisation KdF aufzubringen und den Blockwaltern auch einmal etwas abzunehmen." ("Meiers Nachrichten", Werkzeiteung des Verlages und der Buchdruckerei "Bibliographisches Institut", Leipzig--1. Nov. 1936). Die Angestellten zeigen sich, wie die "Deutschland-Berichte" des Internationalen Bundes der Privatangestellten schreiben, genau so reserviert. In der Werkzeitschrift der Reichskreditgesellschaft (einer staatlichen Bank) wird festgestellt, dass für ein Konzert des Werkorchesters 28% der verkauften Eintrittskarten einfach nicht benutzt wurden. "Es stimmt nachdenklich, wenn z. B. die Kontokorrent-Buchhaltung 79 Karten bestellt und nur 43 Karten benutzt." Massiv wird gedroht: "Wer an unseren Gemeinschafts-Veranstaltungen nicht teilnehmen, sondern sich isolieren will, mag dies auf eigene Gefahr tun." Aber Drohungen nutzen wenig. Schon in der nächsten Nummer der "Kameradschaft" muss erneut festgestellt werden, "dass auch beim Schwimmfest wieder eine nette Anzahl von Paradebestellungen abgegeben worden sind."

("Kameradschaft", 1937, Nr. 1).

Ley lässt sich beschenken.

=====
(ITF) Dr. Ley, der Leiter der Deutschen Arbeitsfront liess sich aus der Kasse der "Bergarbeitersektion der Deutschen Arbeitsfront eine, nach Schätzung des "Angriff" (vom 21. Februar, Nr. 44) "wertvolle" Truhe aus Bernstein zum Geburtstag schenken. Der Preis dieser Truhe wurde vorsichtig verschwiegen. Man wird, da die Arbeitsfront keine Abrechnung



gibt, auch so bald nicht erfahren, wie viele Wochenbeiträge den Bergarbeitern abgepresst wurden, um dem Ley ein kostbares Geburtstagsgeschenk zu machen.

Keiner will Bergmann werden.

===== (ITF) "Der Gaubetriebsgemeinschaftswalter Bergbau in Essen ging vor kurzem mit einem leitenden Beamten der Kruppwerke durch die Essener Schulen, um die Schüler zu fragen, wer von ihnen Lust habe, Bergmann zu werden. 6 000 Schüler wurden gefragt. Mindestens 2 000 von ihnen waren Bergmannssöhne. 45 von 6 000 hatten Lust, Bergmann zu werden, das ist noch nicht einer auf 100.

"Ich muss Ihnen sagen, dass ich erschüttert bin", sagte der Mann von Krupp. "So habe ich mir das nicht vorgestellt!"

Es gibt noch mehr solche Zahlen. Ein Betrieb im Westen hat 60 Jungbergleute gesucht. Zuerst hat sich überhaupt niemand gemeldet. Dann, als man sehr intensiv zu suchen begann, meldeten sich 13. Mehr nicht. Oder: ein Betrieb stellt 33 Jungbergleute ein. Davon sind 28 Hilfsschüler. Es ist nicht die Elite, die sich diesen schweren und traditionsreichen Beruf wählt." (Der Angriff, Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront, 18. II. 37, Nr. 41).

Nazi-Regierung gegen

===== die Landarbeiter.

===== (ITF) Die deutschen Landarbeiter hätten die Möglichkeit, Lohnerhöhungen zu erzielen. Durch die rasche Vergrößerung der Armee fehlt es an Arbeitskräften und die heranwachsenden Kriegsjahrgänge sind klein. Vor Beginn der Frühjahrsbestellung versuchten daher viele Landarbeiter, in besser bezahlte Stellungen hinüberzuwechseln oder Lohnerhöhungen durchzusetzen. Um diese Lohnbewegung abzuwürgen, veröffentlichte die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung ein Programm der "Versorgung mit landwirtschaftlichen Arbeitskräften". Die Zahl der in Dorfgruppen eingesetzten "Landhelfer" soll auf 10 000 erhöht werden, bei Mehreinstellung von verheirateten Landarbeitern wird monatlich bis zu 20 RM Lohnsubvention gezahlt. Junge Mädchen sollen 9 Monate im "Landdienst" gegen Taschengeld arbeiten. Die Reichsanstalt hofft, "dass die Zusammenfassung der jungen Mädchen unter ständiger Betreuung einer Führerin die bisherigen (oo und nur zu berechtigten! Red.) Bedenken der Eltern gegen den Einsatz ihrer Töchter in bäuerlichen Stellen zerstreuen werden". "Landarbeiterlehrlinge" sollen 4 Jahre für ein Taschengeld arbeiten. Der Arbeitsdienst, vor allem der weibliche Arbeitsdienst, soll während der Erntezeit zur Verfügung stehen, der Strassenbau soll während der Erntemonate eingeschränkt und Industriebetriebe sollen veranlasst werden, wie 1936 einen Teil ihrer Belegschaft als "Erntemänner" zur Verfügung zu stellen. (Frankfurter Zeitung, Nr. 82/3 vom 14. Februar 1937).

Daher haben, bedeutet die Reichsanstalt, die Gutsbesitzer und Grossbauern keine Ursache, die Landarbeiter durch Lohnerhöhungen zu halten.

Landarbeiter werden

===== ruiniert.

===== (ITF) Die Einfuhr von Futtermitteln ins Dritte Reich ist trotz mehrerer schlechter deutscher Ernten empfindlich gedrosselt worden, damit mehr Devisen für Einfuhr von Rüstungsrohstoffen zur Verfügung stehen. Und da nach zwei knappen Getreideernten auch Brotgetreide in Deutschland eine Kostbarkeit geworden ist, wurde Verfütterung von Getreide verboten. Die Verfütterung von Kartoffeln wurde bereits vor einigen Monaten beschränkt. Die Folge ist ein Massenabschlachten von Schweinen und ein Massensterben von Hühnern. Allein im Dezember 1936 mussten aus Futtermangel 1 Million Schweine mehr geschlachtet werden als im Dezember 1935. Die Hühner weigern sich, das miserable Hitler-Hühnerfutter zu fressen.

Selbst auf den Gütern wird der Futtermangel stark empfunden. Der holländische Faschist Ingenieur Dijs, der die grossen Güter verwaltet, die sich der Ölkönig Deterding -- einer der Finanziers der deutschen Nazi-partei -- in Mecklenburg kaufte, hat in einem Interview im Organ der holländischen Sozialdemokratie "Het Volk" über die Auswirkung der deutschen Futtermittelnot zugegeben, dass "die Deutschen im Augenblick einen grossen Teil ihres Schweinebestandes aus Mangel an Viehfutter abschlachten". "Aber dann vernichten sie doch ihren eigenen Viehbestand" fragte der Redakteur. "Ja!"

Hühnerfutter, z. B. ist überhaupt nicht mehr zu bekommen, Getreide darf den Hühnern nicht gegeben werden. Wie Sie wissen, bin ich Verwalter einiger Güter in Mecklenburg. Von der Regierung erhielten wir Hühnerfutter, aber es ist so schlecht, dass die Hühner nur die Hälfte fressen. Die Eierproduktion Deutschlands wird bald sehr stark zurückgehen."

"Damit wird aber doch zugleich die Existenz aller Kleinbauern (und Landarbeiter, Red.) vernichtet, die von Schweine- und Hühnerzucht leben müssen."

"Ich kann nicht sagen, dass ich das deutsche System bewundere", antwortete der Faschist ausweichend. (Het Volk vom 19. Februar.

Hitler misstraut sich selbst.

(ITF) Die Leitung der NSDAP hat

festgestellt, dass in Deutschland die meisten jungen Ehepaare keinesfalls mehr als 2 Kinder haben wollen. Bei den elenden Löhnen im Dritten Reich, bei der Lebensmittelnot und bei der hemmungslosen Kriegshetze ist das schliesslich kein Wunder. Die Nazis glauben jedoch, durch Propaganda und Drohungen den Willen zum dritten Kind stärken zu können. Die vierjährige Propaganda hatte bisher wenig Erfolge. Auf eine Rundfrage "Angst vor dem 3. Kind?" erhielt der "Angriff", die Tageszeitung der Arbeitsfront, nur 681 Antworten, ein mageres Ergebnis bei einer offiziellen Auflage von 95 000. Ein grosser Teil dieser Briefe stammte überdies noch von Hebammen, Lehrern und bevölkerungspolitischen Schriftstellern. Den Preis erhielt eine Beamtenfrau, die berichtete, sie und ihr Mann hätten sich zum dritten Kind entschlossen, als sie "etwas über den gewaltigen Menschenüberschuss des bolschewistischen Ostens gehört hatten". In einem zusammenfassenden Artikel gibt der Chefredakteur des "Angriff" zu erkennen, dass er den Misserfolg der nationalsozialistischen bevölkerungspolitischen Propaganda einsieht, er verlegt sich aufs Drohen! "Wer aus dreimal kluger und zehnmal schlauer Berechnung einem Kinde das Leben verweigert, der spricht sein Misstrauen gegen den Glauben des Führers aus". (Angriff, 25. Februar 1937). Das bedeutet eine Drohung an alle in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen Beschäftigten, denen ein positives Bekenntnis zu Hitler vorgeschrieben ist: drei Kinder oder dienstrechtliche Verfolgung! Drei Kinder oder Entlassung bei nächster Gelegenheit.

Diese Drohung hat aber noch eine besondere Seite. Hitler selbst hat kein einziges Kind. Und da es doch sicher Majestätsbeleidigung wäre, zu behaupten, dass Hitler zu "schlechtrassig" ist, als dass er heiraten und schlechtrassige Kinder in die Welt setzen könnte, bleibt nur die Erklärung, dass er "aus dreimal kluger und zehnmal schlauer Berechnung einem Kinde das Leben verweigert" -- aus Misstrauen gegen seine eigenen Versprechungen.

Scheinamnestie.

(ITF) Aus Anlass der Geburt des ersten Sohnes des italienischen

Thronfolgerpaares hat die faschisti-

sche Diktatur eine Amnestie verkündet. Diese Amnestie sei, behauptet die faschistische Propaganda, ein Beweis für die Stabilität ihres Systems. Allzu sicher scheint sich der italienische Diktator jedoch nicht zu fühlen, denn er hat nur wenige politische Gefangene freigelassen. Durch die "grosszügige" Amnestie werden Freiheitsstrafen bis zu 10 Jahren um 2 Jahre verkürzt und Freiheitsstrafen von mehr als 10 Jahren um 4 Jahre. Das war alles.

Nun auch in Wien: Unternehmer

(ITF) In Österreich sind Arbeiter

als "Gewerkschaftsführer".

und Unternehmer in Industrie, Handel,

Gewerbe und Transport nach italienischem Vorbild in getrennten Verbänden

organisiert. Jetzt scheint in Österreich das Nazi-System -- Arbeiter und Unternehmer in einer gemeinsamen Organisation -- Freunde zu gewinnen. Die "Vaterländische Front", die Spitzenorganisation sämtlicher faschistischer Verbände hat mit der Mittelstandsorganisation "Gewerbebund", vereinbart, dass dieser "eigene Arbeitnehmersektionen errichtet, um auf diesem Wege den Zusammenschluss der gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer innerhalb der Vaterländischen Front vorzubereiten. ("Das Gewerbe", Januar/Februar 1937). Die gewerblichen Unternehmer wurden also zur Organisierung der bei ihnen Beschäftigten autorisiert und ihnen "das Recht gegeben, sich ihre Arbeiter auf dem Umweg über eine selbstherrlich dirigierte Organisation untertänig zu machen" ("Österreichische Arbeiterzeitung", Wien, Wochenblatt der "christlichen Arbeiter- und Angestelltenbewegung", 13. Februar 1937).

Christliche Gewerkschafter
=====
zahlen Lehrgeld.
=====

(ITF) Die katholische Diktatur hat in Österreich nicht nur die freien Gewerkschaften zerschlagen, sondern auch die christlichen Gewerkschaften aufgelöst. Die etwa 100 000 christlich organisierten Arbeiter und Angestellten wurden mit dem Hinweis darauf beruhigt, dass ihre Sekretäre die faschistischen Organisationen leiten würden. Echte Gewerkschaften seien im christlichen Ständestaat, der den Klassenkampf beiseitige, unnötig, die Scheingewerkschaften würden genügen, um dem Arbeiter im Ständestaat sein Recht zu sichern. Viele christliche Gewerkschafter liessen sich vertrösten.

3 Jahre nach der Zerschlagung der österreichischen Gewerkschaften, 3 Jahre nach der "Beseitigung" des Klassenkampfes aber muss eine faschistische Gewerkschaftszeitung mitteilen, dass österreichische "Arbeiter bitten, dass ihre Mitgliedschaft beim (faschistischen, Red.) Gewerkschaftsbund nicht bekannt wird, 'weil sie sonst von ihren Stellen hinausfliegen'. Dass in diesen Betrieben kein Kollektivvertrag besteht und die 'ortsüblichen Löhne' nur üble Löhne sind, lässt uns den Grad der Gewerkschaftsfeindlichkeit dieser Unternehmer erraten. Und wenn wir noch hinzufügen, dass 90% der Mitglieder jener Ortsgruppe aus den früheren christlichen Gewerkschaften, die immer den Klassenkampf abgelehnt haben, dann wissen wir, von welcher Seite der Klassenkampf heute geführt wird". (Der faschistische "Holzarbeiter im Gewerbe", Februar 1937).

Es fehlt nur noch ein Haken. (ITF) Die Nazis verstärken seit geraumer Zeit ihre Anstrengungen zur Eroberung des österreichischen faschistischen "Gewerkschaftsbundes". Sie haben bereits beachtliche Erfolge erzielt. In bestimmten Sektionen des Gewerkschaftsbundes wird durch die von der christlichen Diktatur ernannten "Gewerkschaftsobleute" "den Untergebenen und Mitgliedern des Gewerkschaftsbundes die (nationalsozialistische, Red.) Volkspresse aufoktroziert" (Österreichische Arbeiterzeitung, Zentralorgan der christlichen Arbeiter- und Angestelltenbewegung, Wien, 20. Februar 1937). Der von der Diktatur ernannte Leiter der faschistischen Metallarbeiterorganisation Znidarić und der Vizepräsident des "Gewerkschaftsbundes" Lengauer haben gemeinsam mit 700 Industriellen und Intellektuellen eine Petition für Genehmigung eines nationalsozialistischen "Deutschsozialen Vereins" unterzeichnet. Znidarić, der auch kurze Zeit Staatssekretär für Arbeiterfragen war, verfügt über einigen Anhang in der Bürokratie der Einheitsgewerkschaft. Der Vorsitzende des "Gewerkschaftsbundes", der ehemalige christliche Gewerkschafter Staud hat sich schon an die Öffentlichkeit wenden und (am 13. Februar in Salzburg) in einer scharfen Erklärung gegen diese mit den Nazis sympathisierenden "Führer des Gewerkschaftsbundes" Stellung nehmen müssen. Diese "nationalbetonten Gewerkschafter" wollen in Zusammenarbeit mit reichsdeutschen Stellen, die ehemaligen christlichen Gewerkschaften verdrängen.

In den faschistischen Angestelltenorganisationen ist der Einfluss der Nazis besonders stark. Das Monatsblatt der "Gewerkschaft der Angestellten in Industrie und Bergbau" z. B. erscheint seit Januar mit einem dem Abzeichen der Deutschen Arbeitsfront nachgebildeten Symbol: 3 aneinandergesetzte Haken in einem Zahnrad; am Hakenkreuz fehlt hier nur noch ein Haken.

Katholische Lohndiktatur. (ITF) "In ganz Österreich sind seit dem Jahre 1930 die vertraglich vereinbarten Löhne (der Bauarbeiter) um 15-18% und in Wien seit dem Jahre 1932" -- 1933 begann das autoritäre Regime! -- "um 25 bis 30% gesenkt worden. Der Durchschnitt des Bauarbeiterlohnes in Österreich beträgt heute in der Woche -- und das bei einer durchschnittlichen Jahresarbeitszeit von 15 bis 17 Wochen, Schilling 40.-- und in Wien S. 45.-- bis S. 48.--." (Der Bauarbeiter, Monatsblatt der faschistischen Gewerkschaft der Arbeiter im Baugewerbe, Februar 1937).

Nachträgliche Resultate der
=====
österreichischen Vertrauens-
=====
männerwahlen.
=====

(ITF) Bei der Firma Kastner und Öhler in Graz hatten die Handelsarbeiter 5 Vertrauensmänner zu wählen. Alle Kandidaten des Gewerkschaftsbundes sind durchgefallen. Neben zwei Christlichen wurden 3 Arbeiter gewählt, die das wirkliche Vertrauen der Arbeiterschaft

geniessen.

Beim Konsumverein Bruck wurden -- auch ein Zeichen der Methoden in den gleichgeschalteten Konsumvereinen -- die Arbeiter nicht in die Wählerliste aufgenommen. Sie konnten daher überhaupt nicht wählen. Die Angestellten wurden bei der Wahlversammlung vom Brucker-Sekretär der faschistischen "Gewerkschaft" und dessen Kandidaten mit einem Frühstück und Freibier bewirtet. Trotzdem fielen die Kandidaten der "Gewerkschaft" durch. --

Im Konsumverein Leoben erhielten die Kandidaten, die das wirkliche Vertrauen der Arbeiterschaft geniessen, die meisten Stimmen.--

In der Steirischen Konsumgenossenschaft Graz fielen mehrere der 1934 von der "Einheitsgewerkschaft" ernannten Vertrauensmänner durch. --

In Linz sind die Wahlen bei den Speditionsfirmen Fasszieher u. Co., Schöffel, Herber und Schenker sehr günstig ausgefallen. Bei der Firma Estermann in Linz sind die faschistischen Kandidaten samt und sonders abgelehnt worden: Die Arbeiter erklärten, dass sie an Wahlen nicht teilnehmen, solange es keine freie Gewerkschaft gibt. Auch in einer Reihe anderer Betriebe in Linz haben die Handelsarbeiter die Durchführung von Wahlen einmütig abgelehnt.

70-Stundenwoche.

=====
(ITF) "Der Holzarbeiter im Gewerbe", Organ der österreichischen faschistischen Gewerkschaft der Arbeiter im holzbearbeitenden Gewerbe" teilt (in der Februarausgabe) mit: "Laut Erhebungen und Berichten der Landes- und Ortsstellen der Gewerkschaft wurde festgestellt, dass fast in 95% der Sägewerksbetriebe die Arbeitszeit ohne (!) behördliche Bewilligung jahraus jahrein 60, ja vielfach 70 und mehr Stunden beträgt... Es gibt kaum eine Arbeiterkategorie, die trotz ihrer schweren Arbeit so niedrig entlohnt ist wie die Sägearbeiter, bei denen Stundenlöhne von 25 Groschen und 30 Groschen keine Seltenheit sind, von einer Überstundenentlohnung fast überhaupt keine Rede sein kann" (1 Schilling etwa 0,68 schw. Fr.)

"Selbstverwaltung".

=====
(ITF) Die österreichische katholische Diktatur hat der "Angestelltenversicherungsanstalt" (durch Erlass vom 22. Dezember 1936) die "Selbstverwaltung" wiedergegeben und diesen Akt ausgiebig feiern lassen. Diese "Selbstverwaltung" sieht so aus: Weder Obleute noch Vorstandsmitglieder wurden von den Versicherten gewählt, alle wurden von der Regierung ernannt, zu Obleuten 2 von der Regierung früher zu Gewerkschaftssekretären ernannte Herren und ein Vertreter der Arbeitgeber. Von den 10 neuen Arbeitnehmervertretern im Vorstand haben sich sechs bereits als von der Regierung ernannte Gewerkschaftssekretäre "bewährt".

"Mord in Österreich".

=====
(ITF) Wir hatten der illegalen österreichischen Bau- und Holzarbeiter-Zeitschrift die Mitteilung entnommen, dass der Dachdeckergehilfe Suchy von Gendarmen erschlagen worden sei. Genaue Nachforschungen der illegalen revolutionären Sozialisten ergaben, dass Suchy aus persönlichen Gründen Selbstmord begangen hat.

"Der Zieh..."

=====
(ITF) Die "Reichsgemeinschaft der technischen Arbeit", die Spitzenorganisation nationalsozialistischer Techniker forderte die Abschaffung des Wortes "Lokomotive". Sie gestattet zwar, dass Lokomotiven weiter verwandt werden, aber verlangte entschlossen (am 10. Februar 1937 in ihrer "Rundschau technischer Arbeit"), dass die Lokomotive künftig "der Zieh" genannt wird.

Die Frankfurter Zeitung war über diese Sprachmisshandlung entsetzt. "Wenn es denn schon sein muss", schrieb sie (am 21. Februar), "so könnte man die Lokomotiven sinnvoller eine "Ziehe" nennen... Davon klänge auch die Mehrzahl: "die Ziehen" besser als "Ziehe" oder gar "Ziehs", "Dampfziehen" oder "Dieselziehen" erscheinen reizvoller als "Dampfziehs" oder "Dieselziehe". Schliesslich wäre das dreisilbige Wort für Zusammensetzungen geeigneter, z. B. "Ziehenführer", "Ziehenrad", "Ziehenkessel", "Ziehensteuerungen". Dagegen würden "Ziehrad", "Ziehkessel", "Ziehsteuerung" zu falschen Schlüssen und Vorstellungen verleiten."

"Aber", stöhnt die Frankfurter Zeitung, "muss es denn wirklich sein?"

14 Tage lang lebte "der Zieh". Dann ordnete der Leiter des Hauptamts für Technik der NSDAP an, dass es weiter Lokomotiven geben solle.

No. 5

Amsterdam, den 6. März 1937.

Kanalschiffer sollten
=====
eingeschüchtert werden.
=====

(ITF) Die Geheime Staatspolizei
veranstaltete (Anfang Februar) eine
Grossrazzia im Rhein-Herne-Kanal..
Ein "Sonderkommando" hielt zwischen
Schleuse 1 bis 6 die ins Ausland

fahrenden Boote an, durchschnüffelte wild Schränke und Kästen, kroch
in die Piek und Hölle, wo es nur in Öl geschmierte Ketten und Katzen-
sporen entdeckte, stocherte in Kohlenherft und Laderäumen herum.

Die Razzia wurde in dieser indianerhaften Art veranstaltet, um die
Besatzungen, die zwei Jahre lang nicht ins Ausland gekommen waren.
einzuschüchtern. Statt dessen machten die Schnüffler sich lächerlich.

Die Arbeitsbedingungen
=====
im deutschen Güterfern-
=====
verkehr.
=====

(ITF) Die deutschen Transportunter-
nehmer haben die Zeit seit Zerschla-
gung der freien Gewerkschaften ge-
nutzt und die Arbeitsbedingungen der
Chauffeure erheblich verschlechtert.

Das Amtsblatt des Deutschen Arbeits-

ministeriums muss bei einer Schilderung der Lage der Chauffeure im
deutschen Fernverkehr nach 4 Jahren Nazi-Herrlichkeit zugeben: "die
Lohngestaltung lag im argen". Zahlreiche Unternehmer betrogen die
Chauffeure um die Sozialversicherungsbeiträge, sie zogen sie zwar vom
Lohn ab, aber unterschlugen sie. So entstanden erhebliche Rückstände
bei den Beiträgen zur Krankenkasse und zur Unfallberufsgenossenschaft...
Am schlimmsten aber wirkten sich die Verhältnisse bei der Arbeitszeit
aus... Untersuchungen... ergaben eine wöchentliche Arbeitszeit von
84 Stunden und darüber. Nachtruhe und Pausen wurden teilweise dadurch
"eingehalten", dass die Wagen an den Strassenrand gestellt wurden und
die Fahrer auf ihrem Platz schliefen" (Mit Rücksicht auf die Zensur
schildert das Reichsarbeitsblatt vom 25. November 1936 die gegenwärtige
Lage als "Vergangenheit").

Keinen einzigen Transportunternehmer haben die National"soziali-
sten" wegen derartiger Praktiken in das Konzentrationslager gesandt.
Sie wandten sich gegen die Ausnutzung der Chauffeure erst, als "auch
polizeiliche Stellen mit Rücksicht auf die Gefährdung des gesamten
Landstrassenverkehrs durch übermüdete Fernfahrer eine allgemeine Rege-
lung und eine scharfe Überwachung der Arbeitszeit durch Fahrtenbücher
forderten".

Nach dem Vorbild der Schweiz wurden für die Chauffeure von
ca. 10 000 der ca. 220 000 im innerdeutschen Gütertransport fahrenden
Lastautos (ab 1. Januar 1937) Fahrkontrollblätter eingeführt, durch
die der Verkehrspolizei eine Kontrolle der wirklichen Arbeitszeit
der Chauffeure und dadurch eine Beschränkung der Überarbeit ermöglicht
werden soll. Trotzdem die Ausnutzung der Chauffeure in andern Auto-
transportzweigen nicht geringer ist, wird bei den im Personentransport
beschäftigten Chauffeuren und bei den Chauffeuren der ca. 45 000 im
Nahverkehr -- d. h. im Umkreis bis zu 50 km -- und der etwa 150 000 im
Werkverkehr -- beim Transport werks- oder konzern eigener Güter --
fahrenden Lastautos weiter auf eine Kontrolle der Fahrzeit verzichtet.
Dabei fahren (nach Schätzung des Deutschen Volkswirts vom 2. Oktober
1936) ca. 35 000 der Werkverkehrslastautos im Fernverkehr. Auch beim
Möbelferntransport und beim Ferntransport von Gütern in bis zu acht-
sitzigen Personenwagen wurde keine Kontrolle der Fahrzeit angeordnet;
überwacht wird die Arbeitszeit nur bei noch nicht 2% der deutschen
Lastautochauffeure.

Die deutsche Presse darf mit keinem Wort erwähnen, dass die
deutschen Fahrt-Kontrollblätter eine Nachahmung der in der Schweiz
(auf Grund der Verordnung vom 4. Dezember 1933) eingeführten Fahrt-
kontrollhefte sind. Die eitlen Nazis wollen sich den deutschen Chauf-
feuren als Erfinder dieser Fahrtenkontrolle aufspielen und sie scheuen
den Vergleich zwischen der an sich noch unzureichenden schweizer

Massnahme mit dem reaktionären Bluff des Dritten Reiches. Das deutsche Kontrollheft gilt nur für noch nicht 2% der Chauffeure im Gütertransport, in der Schweiz aber muss jeder im gewerblichen Personen- oder Gütertransport tätige Motorfahrzeugführer ein Fahrtkontrollheft führen.

Eine Reihe Staaten haben die Höchstarbeitszeit der Chauffeure gesetzlich festgelegt; in vielen Ländern haben die Gewerkschaften die Höchstarbeitszeit durch Kollektivverträge begrenzt. Nazi-Deutschland hat alle übertraffen, die Nazis haben die längste regelmässige Arbeitszeit gestattet: in zwei Wochen 132 Stunden "ausschliesslich der Pausen"! Der reine Dienst am Steuer darf täglich 10 Stunden betragen. Die einzelne Arbeitsschicht darf in Nazideutschland -- mit Einschluss von 5 Std. Pause -- volle 24 Stunden betragen! Der Nazi-Treuhänder hat diese Arbeitszeiten diktiert, Gewerkschaften, die kürzere Arbeitszeiten erkämpfen könnten, gibt es nicht mehr.

Bei einer Arbeitszeit bis zu 8 Stunden hat der Chauffeur in Deutschland selbst bei ununterbrochenem Dienst am Steuer kein Recht auf Pause, erst bei einer Arbeitsschicht von mehr als 8 Stunden hat er Anspruch auf Ruhezeit. In der Schweiz hat jeder Motorfahrzeugführer das Recht auf eine feste Pause von 1 1/2 Stunden, die Führer schwerer Motorwagen dürfen ausserdem nach je 2 Stunden ununterbrochener Fahrt 15 Minute Pause einschalten. -- Die zusammenhängende Ruhezeit muss in der Schweiz (im 2-Wochendurchschnitt) 11 Stunden täglich betragen, sie darf nicht auf weniger als 9 Stunden pro Tag sinken. Im Dritten Reich hat der Chauffeur nach 8 bis 12 Stunden Schicht nur ein Recht auf 8 Stunden Ruhe, erst nach einer Schicht von 13 bis 18 Stunden hat er ein Recht auf 9 Stunden und nach einer Schicht von 19 bis 24 Stunden auf 10 Stunden.

Von den 52 arbeitsfreien Tagen müssen in der Schweiz mindestens 17 auf Sonntage fallen, in Deutschland kann sie der Unternehmer legen wie er will. --

Diese Arbeitszeitregelung entspricht den kühnsten Wünschen reaktionärer Fuhrunternehmer. Trotzdem erscheint es wehr fraglich, ob sie überhaupt respektiert werden wird. Kontrollen können mit Leichtigkeit sabotiert werden. Bei einer Kontrolle durch die Verkehrspolizei kann jederzeit ein späterer Arbeitsbeginn angegeben werden als der Wirklichkeit entspricht, denn die Kontrollzettel sollen erst "nach jedem Arbeitsvorgang" ausgefüllt werden. Es erleichtert Betrugsversuche, dass die deutschen Kontrollzettel keine Rubrik: "Beginn der Arbeit" enthalten, wie die Kontrollhefte in der Schweiz. Schon in der Schweiz musste die freie Gewerkschaft energisch gegen reaktionäre Unternehmer auftreten, die den Chauffeuren verboten, die wirklichen Arbeitszeiten einzutragen und Widerstrebende entliessen. Im Dritten Reich gibt es keine Gewerkschaft...

vornehmer sicher. Auch /nachträglichen Kontrollen sind die Unter- / Die Fahrtkontrollblätter müssen in Deutschland vom Chauffeur dem Unternehmer gegeben werden, der mit diesen machen kann was er will. Der Chauffeur weiss nicht, ob der Unternehmer die Eintragungen umfälscht oder, um jede spätere Kontrolle unmöglich zu machen, sofort vernichtet. -- In der Schweiz müssen die Kontrollhefte 2 volle Jahre aufbewahrt werden --. Führt ein deutscher Chauffeur eigene Notizen über seine Arbeitszeit, so verstösst er gegen die Grundsätze der "Betriebsgemeinschaft" und kann gemassregelt werden. Nachträgliche Kontrollen der Gewerbeaufsicht oder der Verkehrspolizei sind daher unmöglich. Der Nazi-Treuhänder hat es den Unternehmern ausserordentlich leicht gemacht, die Chauffeure im gewerblichen Güterverkehr zu noch längerer Arbeit zu zwingen als diese Tarifordnung schon gestattet. Die forcierte Motorisierung des Dritten Reiches erfolgt unter schamloser Ausnutzung der deutschen Chauffeure.